



**Armin Laschet**  
**Dr. Volker Ullrich**  
**Markus Uhl**  
**Andreas Jung**

Mitglieder des Deutschen Bundestages

Berlin, 13. November 2024

## **Europa kann sich keine Sprachlosigkeit zwischen Deutschland und Frankreich leisten!**

*Gemeinsame Erklärung von Armin Laschet MdB, Dr. Volker Ullrich MdB, Markus Uhl MdB und Andreas Jung MdB (für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der DFPV)*

Mit großem Unverständnis nehmen wir die Absage der für den 2. Dezember 2024 geplanten Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV) durch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas zur Kenntnis. Die DFPV wurde 2019 mit dem deutsch-französischen Parlamentsabkommen ins Leben gerufen und soll die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich auf parlamentarischer Ebene vorantreiben. Gerade bei Themen, die zwischen den Regierungen schwierig zu einen waren, ist die DFPV ein wichtiger Impulsgeber. Mit Energie, Außen- und Sicherheitspolitik und Europa hätten für die nächste Sitzung viele wichtigen Themen auf der Tagesordnung gestanden.

Krieg in der Ukraine, Wirtschaftsschwäche, Wiederwahl von Donald Trump - die Herausforderungen für Europa könnten aktuell kaum größer sein. Dazu kommen die ohnehin großen bestehenden Aufgaben, wie der Weg zur Klimaneutralität und die Entbürokratisierung. Der deutsch-französische Motor hat in den vergangenen Jahren stark gestottert, Gerade jetzt können wir uns keine weitere Sprachlosigkeit leisten. Zu groß und drängend sind die Aufgaben, als dass sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nun alleine mit sich selbst beschäftigen könnten.

Aufgrund der Auflösung der Assemblée nationale konnte schon die für Juni dieses Jahres geplante Sitzung der DFPV nicht stattfinden. Gäbe es auch in diesem Dezember keine Sitzung, droht eine anderthalbjährige Periode ohne Sitzung. Zum letzten Mal ist die DFPV im Dezember 2023 zusammengekommen.

Aufgrund des Endes der Ampel-Koalition in Berlin und der angekündigten Vertrauensfrage wurde die Sitzung der DFPV nun erneut abgesagt. Die Mitglieder des Bundestags sind aber bis zur Neu-Konstituierung im Amt und voll handlungsfähig. Einer Sitzung noch in diesem Jahr wäre also nichts im Wege gestanden. Im Gegenteil: Die Liste der großen und drängenden Themen, die einer engen Abstimmung zwischen Deutschland und Frankreich bedürfen, ist lang. Eine erneute Absage ist daher ein völlig falsches Signal in einer aufgewühlten Zeit. Europa kann sich die deutsch-französische Sprachlosigkeit nicht länger leisten.